

B – Was Gerechtigkeit schützt



49. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Karlsruhe, 23. - 26. November 2023

Antragsteller*in: KV Dortmund
Beschlussdatum: 12.10.2023
Status: Zurückgezogen

Änderungsantrag zu EP-G-01

Von Zeile 15 bis 17:

grenzüberschreitend und für die gesamte Breite der Gesellschaft sichert. Die EU kann zugleich für die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sorgen, die ~~gerechten Wohlstand~~ ein gutes Leben für alle überhaupt erst ermöglichen. Ein Wohlstand, der bei denen ankommen muss, die ihn erarbeiten.

Begründung

Der Entwurf des Wahlprogramms umfasst alle wichtigen gesellschaftlichen Themen, grüne Positionen werden klar und verständlich dargestellt. Allerdings ist die inflationäre Verwendung des Begriffs "Wohlstand" aus unserer Sicht sehr störend.

"Wohlstand" taucht 55 mal im Text auf, während z.B. die Termini "Lebensqualität" (6 mal) und "gutes Leben" (2 mal) ziemlich unterrepräsentiert sind. Zwischen den Zeilen gewinnt die Leserin / der Leser dadurch häufig den Eindruck, der bisherige Lebensstil müsste nicht geändert werden, auch wenn einiges in Richtung Klimawandel unternommen werden muss.

Die Fokussierung auf den Wohlstandsbegriff, auch wenn er als Klima-Wohlstand oder klimaneutraler Wohlstand bezeichnet wird, zielt aus unserer Sicht zu sehr auf den materiellen Lebensstandard ab, der mehr oder weniger nur mit Geld gemessen wird. Neben dem materiellen Lebensstandard spielen die Indikatoren Gesundheit, Zugang zu Bildung, Freude bei der Arbeit, gelingende soziale Beziehungen, politische Teilhabe, physische Sicherheit eine Rolle und auch und vor allem eine Natur und Umwelt, die eine menschliche Existenz überhaupt noch möglich macht. Klimawohlstand ist übrigens auch das Leitthema der (CDU-) Klimaunion.

Wir sollten ehrlich mit der Wählerschaft umgehen und nicht versuchen, mit Wohlstandsversprechen den Menschen ein X für ein U vorzumachen. Eine sozial-ökologische Transformation mit all ihren Facetten ist eine enorm anstrengende Aufgabe, in der es keine einfachen und eindeutigen Lösungen gibt. Das zu kommunizieren, sollte ein Kernelement unseres Wahlkampfs sein.